

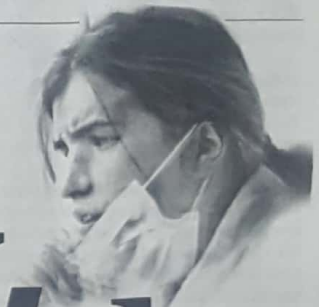
DEMOKRATISCHER

N° 4 der auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik. Frei und kostenlos, Spende kommt der VerteilerIn zugute.

WIDERSTAND

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben, ab Freitag, 8. Mai 2020, Berlin und bundesweit

Corona



ist nicht das

(Kern-)

Problem!

Seit 14. März 2020 befindet sich die Bundesrepublik unter einem de facto-diktatorischen Regime. Nahezu sämtliche Grundrechte sind seither außer Kraft gesetzt. Die Verfassung wird von der Regierung gebrochen (Seite 7 und 8).

Als Begründung dafür wird ein Virus angegeben. Dieser ist zwar nicht ungefährlich, es gibt aber zumindest zwei sehr stark voneinander abweichende Meinungen dazu: Einerseits die Darstellung der Regierungen und der angeschlossenen Medienhäuser. Und andererseits die der Ärzte, StatistikerInnen und der verbliebenen politischen Opposition (Seite 3).

25.000 täglich an Unterernährung sterbende Menschen haben die Regierungen niemals zu Ausnahmezuständen veranlasst. Obwohl das Menetekel seit Jahrzehnten zu beheben gewesen wäre – worauf Oppositionelle und WissenschaftlerInnen auch immer mal wieder hinwiesen.

Seit Ende März versammeln sich jeden Samstag um 15:30 mittlerweile bundesweit zehntausende Menschen bei Hygiene-Demonstrationen für das Grundgesetz (siehe nichtohneuns.de sowie Seiten 4/5 dieser Ausgabe). Trotz widriger Bedingungen.

Denn im Zuge von Corona werden Oppositionelle – darunter auch Journalisten, Mediziner, JuristInnen – in der Bundesrepublik des Jahres 2020 verfehmt, zensiert und mittlerweile terrorisiert.

Der noch amtierende Senat von Berlin unter der Fuchtel von Bürgermeister Michael Müller und Kultursenator Klaus Lederer ließen am 1. Mai und 2. Mai Hatz auf GewerkschafterInnen und Menschen mit zumeist weniger Geld und anderer Meinung machen – BürgerInnen der Stadt. Am 1. Mai ist in Berlin-Moabit sogar das zuvor leerstehende Massengefängnis in der

Kruppstraße 15 auf unbestimmte Zeit für bis zu 5.000 Gefangene eingerichtet worden.

V-Leute werden eingesetzt, um die bundesweiten Demonstrationen für die liberalen Freiheitsrechte, das Grundgesetz und eine (basis-)demokratische Aushandlung der künftigen Wirtschaft zu verunglimpfen.

Denn die liberale Opposition und die kritische Intelligenz fordern nicht nur die volle Wiederherstellung der Verfassung und eine seriöse Debatte über den Virus. Sondern den Beginn der Beteiligung aller Bürgerinnen und

Bürger bei der Aushandlung der Wirtschaftsgesetzgebung der Zukunft. Seit der Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 und deren verheerenden Konsequenzen ist der Finanzmarktkapitalismus zum totalen Kollaps verurteilt. (Seite 6). Der finale Kollaps des großen Geldes und der Regierungen kündigte sich seit Mitte 2019 an und wird durch Corona nur überlagert.

Es steht für die Redaktion des Widerstandes als mittlerweile nahezu evident fest, dass die gegenwärtige Medizinkrise zugleich ein Griff zur Macht eines fanatischen Polit-, Medien- und Konzernkartells ist.

Bei der kommenden demokratischen und ergebnisoffenen Abstimmung müssen auch deshalb besonders bedacht werden: Angestellte, Arbeiter, Beschäftigungslose und Obdachlose – Händler – kleine und mittlere Unternehmer – viele FreiberuflerInnen und Jobber – die Belastungen der Umwelt auf dem Planeten Erde. Schlichtweg: ökonomische Grundrechte für jeden lebenden Menschen und künftige Generationen.



Es ist der Zusammensturz des Finanzmarktkapitalismus.

Für die Republik – Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit!

Wir sind die Opposition!

NICHTOHNEUNS.DE

Sind die Maßnahmen, die gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden alternativlos und verfassungskonform?

— Oder sind sie den Regierenden eingepfropft worden?

ZUR VERHÄLTNISSMÄSSIGKEIT von Anni Höhne und Florian Daniel, Berlin

Die ersten zwanzig Artikel des Grundgesetzes — bitte lesen! — formulieren hart erkämpfte, bürgerliche Freiheitsrechte. Es sind Abwehrrechte des Bürgers gegen staatliche Eingriffe, um ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

Die Grundrechte kommen zum Tragen, wenn's ums Eingemachte, die sprichwörtliche Wurst geht.

Hier und heute geht es um unser aller Zukunft — die Zukunft unserer Kinder, Enkel und der nachfolgenden Generationen. Zum Schutz vor Willkür, zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit und Bindung der Exekutiven an Recht und Gesetz.

In bestimmten Situationen kann die Einschränkung eines Grundrechts erforderlich und geboten sein.

Jedoch stellt sich ein zunächst für gerechtfertigt erachteter Eingriff nicht selten im Nachhinein als rechtswidrig heraus. Zur Klärung der Rechtsmäßigkeit staatlichen Handelns bedarf es der Prüfung der Verhältnismäßigkeit — einer Abwägung zwischen den betroffenen Grundrechtspositionen.

Der Juristenschar steht hierzu eine altbewährte, mehrstufige und analytische Prüfungsmethode zur Verfügung.

Doch ist die Prüfung natürlich einem jeden Menschen möglich, der den Mut hat, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen.

Die Verhältnismäßigkeit wird nach juristischen Maßstäben in vier Schritten geprüft.

1. ERFORDERLICHKEIT

Soll oder muss der Staat handeln, um ein vertretbares Ziel zu erreichen? Fertig wenn nicht. Falls doch, weiter zu zweitens.

2. GEEIGNETHET

Ist die vom Staat favorisierte Maßnahme geeignet, das angestrebte Ziel zu erreichen? Falls nicht: zurück zu erstens und nochmals überlegen. Ansonsten weiter zu drittens.

3. INTERESSENABWÄGUNG

Welche Interessen stehen der Erreichung des Ziels gegenüber? Können die konträren Positionen in ein Verhältnis zueinander gesetzt und gewichtet werden?

Ein »interessengerechtes« Ergebnis lässt sich nur unter Abwägung aller betroffenen Positionen ermitteln.

Ist die Begründung nachvollziehbar und das Ergebnis vertretbar, muss abschließend eine Prüfung der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne folgen.

4. KEIN MILDERES MITTEL

Handelt es sich hierbei um die mildeste, das heißt, die betroffenen Rechtspositionen am wenigsten belastende Maßnahme?

Oder liegt nur ein Hammer im Werkzeugkasten und es wird jedes Problem zum Nagel erklärt?

Auf der Suche nach einem milderen, gleichsam wirkungsvollen Mittel darf, soll und muss der Kreativität freier Lauf gelassen werden.

Haben Sie den Mut, sich selbst die Fragen zu beantworten!

Anni Höhne ist Physikerin, Philosophin und angehende Lehrerin. Florian Daniel ist Rechtsanwalt für Medienrecht in Berlin. Beide sind Redakteure dieser Wochenzeitung.

KULTURKULISSEN

von Carla Clementine Pohl

Es darf nicht wahr sein, dass die pauschale Diffamierung von Menschen, die sich derzeit berechnete Sorgen um die unangemessene Einschränkung unserer Freiheits- und Bürgerrechte und um unsere KUNSTFREIHEIT machen, noch dazu an im Moment mit Spielverboten verhängten großen Bühnen, so weit geht! Aus dieser Diffamierung schreit eine unverschämte Eitelkeit, die ihre eigene verhangene Seelenkulisse in den Mittelpunkt rückt — und dies an einem Platz, der den Namen von Rosa Luxemburg trägt.

Es geht um die Freiheit der Andersdenkenden, die derzeit weder in Medien noch in der Politik repräsentiert werden und somit gezwungen sind, sich selbst sichtbar zu machen!

Die Initiative kommt mitnichten von rechts, nur sind die Akteur*Innen leider nicht befugt, Platzverweise an Nazis zu erteilen (die meisten davon V-Leute, die gezielt eingesetzt werden, Red.), die später abstruse Handyvideos veröffentlichen. Von Anfang an positionierte sich der Demokratische Widerstand klar gegen die vereinzelt rechtsextremen Querulanten, die sich unerwünscht unter die friedliebenden Menschen auf den sogenannten Hygiene-Demons mischten. Ich beobachtete mit Sorge, dass im Moment leider alle, die Kritik an der Corona-Diktatur üben, in den allgemeinen Medien als Verschwörungstheoretiker, Rechte oder gar Gefährder der Gesellschaft diffamiert werden. Und dass wissenschaftliche Studien, die den Virus als nicht fantastisch gefährlich outen, als handwerklich schlecht verunglimpft werden. Das ist in meinen Augen die größere Gefahr!

Diese neuen Banner und auch die lächerlichen Gesprächsrunden am 1. Mai im Grünen Salon an der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz sind in meinen Augen der anschauliche Gipfel der Inhaltslosigkeit der Interimsleitung der Volksbühne, in die mit der versuchten Namensstreichung am Rosa-Luxemburg-Platz ein schwarzer Krater gerissen wurde.

Die Regierungsfans baden wohl gerade lieber in der Isolation und lassen sich hingebungsvoll durch Verordnungen teilen! Schreiben Sie sich doch erstmal den Namen des Platzes wieder auf Ihre Fahne, bevor Sie sich erlauben, über eine weitere »Neue Rechte« zu sabbern! Kinder würden zu so etwas vielleicht den fröhlichen Gesang anstimmen: »Selber Selber, lachen alle Kälber!«

Leider stehen im Moment die Theater- und Opernhäuser wirklich wie Kulissen in den lahmgelegten Städten einer in Panik verfallenen, kaltgestellten Gesellschaft. Denn es hängen keine Banner an den Häusern, die ein Ende der Beschränkungen, ein Ende des Spielstops oder ihre KUNSTFREIHEIT einfordern!

Ich frage mich seit Wochen, wann sich die Bühnen unseres Landes zu den derzeitigen Beschränkungen endlich ausdrucksstark und künstlerisch positionieren.

»1. UNSER GRÖSSTER SIEG WIRD DAS ZURÜCKERLANGEN UNSERER LIBERALEN FREIHEITSRECHTE SEIN!

2. SOLLTE DIE REGIERUNG SIE FREIWILLIG ZURÜCKGEBEN, WERDEN WIR RICHTIG GEHANDELT HABEN.

3. SOLLTE DIE REGIERUNG SICH JEDOCH DAUERHAFT ZU EINEM TOTALITAREN REGIME WANDELN — DANN WERDEN WIR UM SO MEHR GEBRAUCHT WORDEN SEIN!«



Die Redaktion & die HerausgeberInnen — Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V.i.Gr.